

DocuWatch Digitales Fernsehen

Im Auftrag der Landesmedienanstalten

1/99

1	EU-STUDIE ZUM KINDER- UND JUGENDSCHUTZ IM FERNSEHBEREICH	3
2	„ELECTRONIC COMMERCE“-RICHTLINIE	7
3	INTERNET-ÖKONOMIE, DIGITALES FERNSEHEN UND STAATLICHE REGULIERUNG	8
4	NATIONAL TELEVISION CONVERSION SCHEME DER AUSTRALIAN BROADCASTING AUTHORITY (ABA)	10
5	EINZELTHEMEN	11
5.1	Großbritannien: ITC	12
5.2	USA: FCC	12
5.3	Multimediaversuche	12
5.4	Deutschland: BMWi/Prognos - Benchmarking	13
5.5	EBU/Arthur Andersen: Digitalfernsehen und Entwicklung des Programmmarktes	13
6	LITERATURHINWEISE	15
6.1	Zeitschriften	15
6.2	Buchveröffentlichungen	16

Zum DocuWatch

Um die Entwicklung digitalen Fernsehens begleiten zu können, benötigen Entscheidungsträger bei den Regulierungsinstanzen ebenso wie alle anderen Beobachter kontinuierlich Informationen. Das Hans-Bredow-Institut sichtet im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM) Dokumente aus dem wissenschaftlichen Bereich sowie von Regulierungsinstanzen, in- und ausländischen sowie supranationalen Organisationen und Verbänden und erstellt Zusammenfassungen, die auf die für die Arbeit der Landesmedienanstalten relevanten Fragen focussiert sind. Im Mittelpunkt stehen dabei neben inländischen Institutionen solche aus den USA, Kanada, Großbritannien und Frankreich. Daneben wird die am Institut gesammelte wissenschaftliche Literatur ausgewertet.

Arbeitsgruppe digitales Fernsehen am Hans-Bredow-Institut

Uwe Hasebrink, Friedrich Krotz, Wolfgang Schulz sowie Fernando Reimann

Redaktionsschluß

30. März 1999

1 EU-Studie zum Kinder- und Jugendschutz im Fernsehbereich

Wie in der EU-Fernsehrichtlinie von 1997 vorgesehen, hat die Generaldirektion X der Europäischen Kommission eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit den verschiedenen Modellen und Instrumenten befassen soll, welche Eltern die Kontrolle des Fernsehverhaltens ihrer Kinder sowie die informierte Auswahl aus dem Fernsehangebot erleichtern sollen. Die von einem Forscherteam der Universität Oxford durchgeführte umfangreiche Studie liegt seit März 1999 vor und ist auf der Homepage der Generaldirektion X abrufbar.¹ Die Studie gibt für die EU-Mitgliedstaaten einen umfassenden Überblick über die bestehenden oder geplanten Ratingsysteme, über organisatorische und technische Vorkehrungen für den Jugendmedienschutz und diskutiert Optionen für die Weiterentwicklung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die künftige Fernsehlandschaft. An dieser Stelle können vorerst nur die wesentlichen Schlußfolgerungen dieser Studie zusammengefaßt werden.

Technische Argumente gegen V-Chip-Einsatz in Europa

Das in den USA und Kanada eingeführte V-Chip-System für das analoge Fernsehen wird in der Studie aus verschiedenen technischen Gründen als für Europa ungeeignet bezeichnet. Zum einen würde die Anwendung in Europa einen anderen Übertragungsweg für die programmbegleitend verbreiteten sendungsbezogenen Informationen erfordern. Diese werden in den USA und Kanada über die vertikale Austastlücke übertragen; in den meisten europäischen Ländern ist dort aber keine Kapazität verfügbar. Bei der Entwicklung entsprechender Systeme für eine denkbare Teletext- (bzw. Videotext-)Übertragung würde es, so die Erwartung der Forschungsgruppe, sehr lange Zeit brauchen, bis ein ausge-

reiftes Ratingsystem eine nennenswerte Verbreitung finden würde.

Als weiteres Argument gegen eine Übernahme des nordamerikanischen Modells wird das einheitliche, in der Studie 'dominant' genannte Kategoriensystem angeführt: Dieses erleichtere zwar den Eltern die Orientierung; angesichts der höchst unterschiedlichen Klassifikationen und Kennzeichnungen, die derzeit in Europa bestehen, erscheine eine solche einheitliche Vorgabe nicht geeignet, den erheblichen kulturellen Unterschieden in Europa und den vielfältigen Umgangsweisen mit dem Medium Fernsehen gerecht zu werden.

Weitere Probleme werden in unsicherer Software gesehen, die im Rahmen der kanadischen Feldtests ab und zu dazu führte, daß z.B. Sportsendungen gesperrt wurden, sowie darin, daß Kinder die technischen Systeme (mindestens) ebenso gut durchschauen und entsprechend selbst bedienen können wie ihre Eltern.

Die Studie gibt zu bedenken, daß es angesichts der erwartbaren Entwicklung digitalen Fernsehens - die bekanntlich in anderen europäischen Ländern erheblich zügiger voranschreitet als bisher in Deutschland - fragwürdig sei, viel Aufwand in eine Technologie für das analoge Fernsehen zu investieren. Angesichts der recht langen Zyklen für den Neukauf von Fernsehgeräten dürfte eine nennenswerte Verbreitung von Fernsehgeräten mit V-Chip sehr lange dauern. Die Erfahrungen in den USA zeigten, daß die Bereitschaft, sich solche Geräte anzuschaffen, bisher in engen Grenzen bleibt. Hinzu komme, daß bei einem Neukauf oft die alten Geräte vom Wohnzimmer in die Kinderzimmer wanderten.

Da dieses Argument der langsamen Ausbreitung auch für das digitale Fernsehen gelte und damit noch lange mit einem beträchtlichen Bestand an analogen Fernsehgeräten zu rechnen sei, bedürfe es für die

1

http://europa.eu.int/comm/dg10/avpolicy/key_doc/parental_control/summary.html

anstehende Übergangszeit zum digitalen Fernsehen technischer Systeme, die auch für den analogen Bereich einsetzbar sind. Möglichkeiten in dieser Richtung werden insbesondere in EPG's und in Set-top-Boxen gesehen. Das Problem bestehe allerdings darin, daß es sich bei den meisten Set-top-Boxen um proprietäre Systeme handle. Hier sei eine im Sinne des Jugendmedienschutzes in Europa wichtige Forderung, daß eine Standardisierung der Signale für programmbezogene Informationen realisiert werde.

Potentiale digitaler Systeme

Von der digitalen Zukunft verspricht sich die Studie insbesondere eine größere Flexibilität in der Gestaltung der Systeme zur Förderung der elterlichen Auswahlentscheidungen. Gegenüber der analogen Welt werden sich die Probleme beim Übergang zum digitalen Fernsehen von der technischen auf die strukturelle Ebene verschieben. So könnte etwa der Anbieter einer digitalen Plattform die Rolle eines Gatekeepers nicht nur für Programme, sondern auch für programmbezogene Ratings übernehmen. Die Studie plädiert hier dafür, den Nutzern möglichst zu mehreren verschiedenen Programmbeschreibungen und Ratingsystemen Zugang zu verschaffen und die im digitalen Fernsehen gegebenen technischen Möglichkeiten so zu nutzen, daß das mit den derzeitigen V-Chip-Systemen in den USA und Kanada verbundene Monopol eines einzigen Ratingsystems vermieden wird. Dabei dürften sich ganz verschiedene Typen von Rating-Anbietern ergeben, die untereinander konkurrieren oder sich auch ergänzen können. Klassische Broadcaster, Plattformanbieter, die Produzenten selbst oder auch unabhängige Dritte könnten den Nutzern jeweils spezifische Ratings nach spezifischen Kriterien anbieten, unter denen diese dann auswählen können.

Noch weiterreichende Perspektiven zeichnet die Studie im Hinblick auf die Ergänzung der bisher üblichen, durch Klassifizierung und (potentielle) Sperrung

geprägten, Systeme durch elektronische Programmführer, die im Sinne „Weißer Listen“ als Empfehlungen angelegt sind oder die beauftragt werden können, vorab ein nach bestimmten Kriterien selektiertes Angebotsmenü zusammenzustellen. In der Studie wird von *screening organisations* gesprochen, die den Eltern zum einen gezielte Suchfunktionen ermöglichen und zugleich solche Angebote ausfiltern, die den Zielen der Eltern, wie sie in der Wahl eines bestimmten Dienstleisters zum Ausdruck kommen, nicht entsprechen. Damit würde der Übergang zum digitalen Fernsehen nicht nur Veränderungen auf der rein technischen Ebene mit sich bringen, sondern auch grundlegend veränderte Konzepte elterlichen Auswahlverhaltens ermöglichen.

Empfehlungen für Übergangslösungen

Aufgrund der Skepsis gegenüber technischen Systemen für den analogen Bereich enthält die Studie mehrere Empfehlungen für die Übergangszeit:

- 1 Der Verantwortlichkeit der Fernsehanbieter in der Art ihrer Programmgestaltung und in der Einhaltung von Zeitgrenzen kommt weiterhin entscheidende Bedeutung zu.
- 2 Ratingsysteme, die durch Symbole auf dem Bildschirm oder durch akustische oder visuelle Warnungen transparent gemacht werden, sollten gefördert werden.
- 3 Eine europaweite Koordination dieser Symbole sollte vorangetrieben werden, um die grenzüberschreitende Verbreitung europäischer Werke zu fördern und zugleich den Jugendmedienschutz zu effektivieren. Dabei sind allerdings die auf kulturelle Unterschiede zurückgehenden Unterschiede in den bestehenden Systemen sehr ernst zu nehmen.
- 4 Eine wesentliche Bedeutung kommt der Standardisierung programmbezogener Informationen zu. Im Hinblick auf neue analoge Fernsehgeräte scheint der

NexTView-Standard für EPG-Signale eine geeignete Lösung darzustellen. Im Hinblick auf das digitale Fernsehen sollten die europäischen Regulierer konsequent auf Interoperabilität der Application Programme Interfaces (API) achten.

- 5 Empfohlen wird weiter eine koordinierte Informationskampagne über elterliches Erziehungsverhalten und den Umgang von Kindern und Jugendlichen mit dem Fernsehen.
- 6 Für die Übergangszeit von der analogen zur digitalen Ära bedarf es enger Partnerschaften zwischen Politik, Fernsehindustrie und Interessenverbänden, um a) gemeinsame deskriptive Kriterien zur Beschreibung von Fernsehinhalten, b) Übertragungsstandards für programmbezogene Informationen und c) die generelle Förderung von Medienkompetenz zu erreichen. Dazu wird in der Studie unter anderem die Einrichtung einer europäischen Plattform vorgeschlagen, die auf EU-Ebene zu koordinieren sei.

Plädoyer für plurale Ratingsysteme

Im Hinblick auf das oben bereits angesprochene Plädoyer für plurale Ratingsysteme werden in der Studie einige Prinzipien formuliert, die die weitere Entwicklung leiten sollten, so unter anderem folgende:

- 1 Ratings und Empfehlungen sollten sich auf transparente deskriptive Kriterien beziehen, so daß die Nutzer beurteilen können, woraus sich eine Empfehlung etwa für eine bestimmte Altersklassifizierung ergibt. Nur so können sie sich bewußt für ein bestimmtes System und bestimmte Kriterien entscheiden.
- 2 Soweit auf Ratings der Anbieter selbst oder Dritter gesetzt wird, sollten Systeme der Qualitätskontrolle installiert werden, entweder wiederum durch an allgemein verbindliche Standards gebundene Selbstkontrolle, oder unter

Beteiligung von Staat und gesellschaftlich relevanten Gruppen.

- 3 Je weniger Wettbewerb zwischen Rating-Systemen entsteht, weil lediglich die Inhaltenanbieter selbst oder der Staat tätig werden, desto bedeutender sind Transparenz und Objektivität der Kriterien.
- 4 Staatlichen Stellen oder Aufsichtsbehörden kann die Aufgabe zufallen, die Zuschauer mit den unterschiedlichen Rating-Systemen vertraut zu machen und für Transparenz im Bezug auf die Anbieter der Rating-Systeme und ihre Kriterien zu sorgen.

Bedeutung von Programminformationen

Wichtig für jede Rating- und Labeling-Infrastruktur sind einerseits Informationen über die zu bewertenden Programme und andererseits die Möglichkeit, die Rating-Informationen selbst zu übertragen. Die Studie markiert daher auch Anforderungen an die Informationsübertragung:

- 1 Die Studie plädiert für die Etablierung eines einheitlichen Software-Standards auf europäischer Ebene, der sowohl bei analoger als auch bei digitaler Übertragung einsetzbar ist (vergleichbar dem Standard PICS für das Internet).
- 2 Der Zugang zu den Programminformationen muß für Dritte, die Programmratings vornehmen wollen, sichergestellt werden, wenn man derartige Ratings von unabhängigen Dritten etablieren möchte.
- 3 Rundfunkveranstalter, Teletext- und EPG-Anbieter müssen dazu gebracht werden, die Ratings von unabhängigen Dritten und – wo dies die Mitgliedstaaten vorsehen – von staatlichen Stellen mitzutransportieren.
- 4 Die in den Mitgliedsstaaten zuständige Stelle für Rundfunkaufsicht sollte permanent Informationen über Rating-Anbieter zur Verfügung stellen.

5 Printmedien sollten das Recht erhalten, die Ratings der Programmveranstalter abzudrucken und ermutigt werden, die Medienkompetenz der Zuschauer im Zusammenhang mit den Programmbeurteilungen zu befördern.

Verantwortung der Rundfunkveranstalter und Rundfunkaufsicht

Die Studie macht deutlich, daß die Etablierung von Rating-Systemen und das Vertrauen auf elterliche Kontrolle auf der Basis dieser Systeme weder die Verantwortung der Veranstalter noch der Rundfunkaufsicht für den Jugendschutz in Frage stellt. So blieben auch Zeitgrenzen als Mittel des Jugendschutzes solange von Bedeutung, wie Programme zeitlich entlang der vom Veranstalter vorgegebenen Programmschemata konsumiert werden. Dort wo, etwa bei Satellitenübertragung, die technische Übertragung Rating-Systeme begünstigt, könnte eher auf sie vertraut und andere Mechanismen des Jugendschutzes abgebaut werden.

Medienkompetenz

Kein System, das auf elterliche Entscheidungen vertraut, kann funktionieren, wenn es nicht durch Bemühungen zur Steigerung der Medienkompetenz unterstützt wird. Dazu sollten sich einem Vorschlag der Studie zufolge die Rundfunkveranstalter verpflichten, in ihrem Programm Informationskampagnen vorzusehen, die die Zuschauer mit den Systemen vertraut machen. Auch die Medienerziehung in Schulen soll einbezogen werden, um die Systeme zu etablieren.

[University of Oxford, PCMLP: „Parental Control of Television Broadcasting“ 1999]

Weiterführende Literatur zum Thema Jugendschutz:

Journal of Broadcasting & Electronic Media - Jg 42 (1998) Nr 4

McDowell, Stephen D.; Maitland, Carleen: The V-Chip in Canada and the United States: Themes and Variations in Design and Deployment. - S. 401-422

Während sich die Einführung des V-Chip in den USA und in Kanada hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs und der Stoßrichtung weitgehend ähnelte, sind auf der Ebene der konkreten Umsetzung deutliche Unterschiede festzustellen. Die jeweils diskutierten Optionen für die Gestaltung und Entwicklung der V-Chip-Technologie reflektieren Unterschiede im technischen und wirtschaftlichen Kontext, in den Regulierungsmodellen und den gesetzgebenden Institutionen und Verfahren. So wurde die V-Chip-Technologie in Kanada in die Kabel-Decoder-Box integriert, wobei die kanadische Aufsichtsbehörde für Rundfunk und Telekommunikation (CRTC) die wesentlichen Entscheidungen traf. In den USA dagegen wurden die V-Chips in die Fernsehgeräte integriert, und dem Gesetzgeber kam eine deutlich wichtigere Rolle zu als in Kanada.

Journal of Broadcasting & Electronic Media - Jg 42 (1998) Nr 4

Sneegas, James,E.; Plank, Tamyra A.: Gender Differences in Pre-Adolescent Reactance to Age-Categorized Television Advisory Labels. - S. 423-434

Untersucht wurde, wie Viert- und Fünftklässler (n=203) die in den USA gebräuchliche Altersklassifikation zur Kennzeichnung von Fernsehsendungen wahrnehmen. Die Fähigkeit zur Unterscheidung zwischen den verschiedenen Symbolen für die einzelnen Kategorien war gering ausgeprägt, ebenso die Verwendung dieser Kategorien im Rahmen des fernsehbezogenen Erziehungsverhaltens der Eltern. Mädchen berichteten signifikant häufiger als Jungen, daß die Eltern Regeln für ihre Fernsichtnutzung vorgeben; außerdem nutzten sie weitaus stärker die für ihre Altersgruppe gemäßen Programme - von den Autoren als „Effekt der verdorbenen Früchte“ bezeichnet. Jungen dagegen bevorzugten signifikant häufiger Programme, die laut Klassifikationssystem für ihre Altersgruppe nicht gemäß waren - ein „Effekt der verbotenen Früchte“.

2 „Electronic Commerce“-Richtlinie

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte des elektronischen Geschäftsverkehrs im Binnenmarkt

Am 18. November 1998 hat die Kommission einen Vorschlag veröffentlicht (KOM (1998) 586 endg.), der sich mit Problemen des electronic commerce befaßt. Ziel ist die Schaffung eines Regelungsrahmens für elektronischen Geschäftsverkehr, der leicht handhabbar, flexibel und entwicklungs-offen ist und dabei Interessen der Wirtschaft, aber auch der Verbraucher angemessen berücksichtigt.

Die Kommission sieht in fünf Bereichen Harmonisierungsbedarf, der durch die derzeit bestehenden oder geplanten unterschiedlichen Regelungen in den Mitgliedsstaaten in diesen Feldern entsteht:

1. Niederlassung von Anbietern

Der Ort der Niederlassung soll entsprechend dem EGV und der Rechtsprechung des EuGH definiert werden. Dies ist gerade bei Online-Diensten oft unklar (Standort des Servers, nationale Internetadresse, juristischer Sitz des Unternehmens?). Es werden zudem Transparenzpflichten für Anbieter vorgesehen.

2. Kommerzielle Kommunikation

Kommerzielle Kommunikation (Werbung, Direktmarketing) wird definiert und Kriterien für Ihre Erkennbarkeit werden normiert. Die Kommission hat festgestellt, daß die Anwendung der bestehenden Definition auf Netzkommunikation teilweise unklar ist. Auch Berufe, die traditionell Werbebeschränkungen unterliegen, sollen im Rahmen des Standesrechtes partizipieren können. Zudem ist eine Vereinheitlichung des Schutzes vor belästigenden Formen kommerzieller Kommunikation geplant.

3. Online-Vertragsschlüsse

Wie und vor allem zu welchem Zeitpunkt ein Vertrag online geschlossen wird, soll durch die Richtlinie vereinheitlicht werden. So ist oft unklar, ob die in Mitgliedsstaaten für bestimmte Rechtsgeschäfte erforderliche Schriftform online erfüllt werden kann. Auch für diese Frage wird eine Harmonisierung angestrebt.

4. Verantwortlichkeit der Provider

Die Regelung sieht vor, daß reine Vermittler für die Inhalte nicht, andere Provider nur eingeschränkt haften. Es geht also um die Verantwortlichkeitsregelungen, die in Deutschland durch § 5 MDStV bzw. § 5 TDG geregelt sind. Die Richtlinie könnte zu deren Novellierung führen.

5. Rechtsschutz

Die geplante Richtlinie soll keine eigenen Rechtsschutzinstrumente beinhalten, aber auf Vorkehrungen in den Mitgliedsstaaten hinwirken, die eine effektive Rechtsdurchsetzung auch bei grenzüberschreitenden Rechtsstreitigkeiten sicherstellen.

Der geplante Rechtsrahmen soll sich auf Abrufdienste beziehen, kann aber auch die Transaktionen im Rahmen von Teleshopping erfassen, wenn etwa die Interaktion im Rahmen des Bestellvorgangs mittels Internet ermöglicht wird.

(EU-Kommission „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte des elektronischen Geschäftsverkehrs im Binnenmarkt“ (KOM (1998) 586 endg.) vom 18. November 1998)

3 Internet-Ökonomie, digitales Fernsehen und staatliche Regulierung

Während in Zeitungsfeuilletons und Politikerreden, auf Medientagen und Computermessen immer wieder das Thema einer fundamentalen Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft durch das Internet behauptet oder befürchtet wird, versucht der European Communication Council (ECC) in seinem neuesten Report, diese These mit Blick auf die Wirtschaft zu begründen und durch die Entwicklung von Strategien zu befördern. Dies geschieht unter dem hohen Anspruch, die wesentlichen Entwicklungen erfaßt und beschrieben zu haben – der ECC will sie den Entscheidern aus Wirtschaft und Politik nahe bringen. Angesichts des Renommées der Mitarbeiter an dem Bericht und der Vielfalt der offensichtlich hinzugezogenen Experten liegt damit ein bedeutsamer Versuch vor, Aspekte einer Ökonomie einer digitalisierten Wirtschaft zu entwickeln, ein Versuch, der auch für die weitere Entwicklung des digitalen Fernsehens von Bedeutung ist. Denn dabei handelt es sich ja um eine zentrale Schnittstelle zwischen den traditionellen Medien, dem Telekommunikationssektor und der Informationstechnologie. Ausgangspunkt des Reports, der im folgenden knapp wiedergegeben wird, ist die These, daß diese drei Sektoren zu einem einzigen konvergieren. Der Bericht nimmt überdies eine gesamteuropäische Perspektive ein.

Die Gruppe

Der ECC ist nach eigenen Angaben eine Gruppe unabhängiger Wissenschaftler aus Europa und den USA, die „Schlüsselentwicklungen in den Bereichen Medien, Telekommunikation und Informationstechnologie“ (S. 7) analysiert und in unregelmäßiger Folge darüber Berichte verfaßt und herausgibt. Der ECC, der vollständig durch die MGM MediaGruppe München finanziert wird und zu jedem Thema, das

er bearbeitet, einschlägige Experten heranzieht, will „vor allem diejenigen Trends und Themen heraus(zu)arbeiten, die für die zukünftige Entwicklung der Medien- und Kommunikationsindustrien besonders wichtig sind“ (S. 12).

Zehn Eingangsthesen und Perspektiven

Der Band beginnt mit zehn Thesen zur Internet-Ökonomie. Danach erfaßt diese immer mehr Bereiche der Volkswirtschaft und verändert sie und ihre Funktionsprinzipien gravierend. Diese Prozesse erfordern von den Akteuren der Wirtschaft aktive neue Strategien wie Selbstkannibalisierung, Verschenken von Produkten, den Aufbau von Wertschöpfungsnetzen, Kostensenkungs- und Differenzierungsstrategien ebenso wie Produktdifferenzierung (Versioning); die Massenmärkte individualisieren sich also. Zwei Thesen beschäftigen sich mit der Regulierung der Medien- und Kommunikationsmärkte, auf sie wird weiter unten genauer eingegangen.

Diesen zehn Thesen folgen einige Prognosen und Forderungen, unter anderem:

- der Zugang zum Internet muß erleichtert werden;
- die Telefongebühren sind prohibitiv;
- für Konsumenten ist die Technologie belanglos, ihnen kommt es auf Inhalte an;
- es entsteht ein Enhanced TV, insofern das klassische Fernsehen via Internet um interaktive Angebote angereichert wird (wobei berücksichtigt wird, daß Fernsehen und PC-Nutzung unterschiedliche „Fenster“ in die digitale Welt bleiben werden);
- wir befinden uns noch in der Frühphase der „Internetrevolution“ (22), und Europa kann, wenn es endlich gemeinsame Strategien entwickelt und

Hemmnisse abbaut, dabei durchaus „mitmischen“.

Aufbau des Reports und Überblick

Die zusammenfassenden Eingangsthesen und davon abgeleiteten Perspektiven machen das erste Kapitel des Berichts aus, sie werden in den weiteren Kapiteln erläutert, begründet und entwickelt. Dazu beschreiben die Autoren zunächst in dem eher allgemeinen Kapitel 2 (Grundlagen der Internet-Ökonomie) die Marktrealität im Medien- und Kommunikationssektor und geben einen Einblick in einige grundlegende Funktionszusammenhänge. Inhaltlich konzentrieren sie sich auf eine Beschreibung der Erlöstypen und Erlösmodelle, auf das Konzept der Wertschöpfungsketten und schließlich auf das methodische Problem, wie man denn zu brauchbaren Daten kommt.

Kapitel 3 führt dann eine Analyse des entstehenden integralen Medien- und Kommunikationssektors vor, und zwar zunächst in getrennten Analysen des Medien-, des Telekommunikations- und des Informationstechnologie-Sektors.

Die Analyse des Medienmarktes – auf die hier genauer eingegangen werden soll – steht unter der Grundthese, daß der Medienmarkt insbesondere die medialen Inhalte in die sich entwickelnde Internetökonomie einbringt. Die Digitalisierung des Fernsehens wird als entscheidender Faktor der Marktentwicklung gesehen, weil dies „eine Umstellung der gesamten Produktions-, Contributions-, Distributions-, und Endgeräte-Technik“ (43) bedeutet. Dabei wird andererseits aber betont, daß die Käuferakzeptanz zum Teil aus rationalen Gründen gering ist, weil jeder Käufer heute ein hohes Risiko eingehen. Auch seien dem digitalen Fernsehen derzeit eher geringe Chancen einzuräumen; etwa weil digitale Ausstrahlung bis jetzt noch identisch mit Pay TV sei, eine Verknüpfung, die die Entwicklung behindere. Schließlich fehle es auch an einer gemeinsamen europäischen Strategie.

Neben der Marktentwicklung werden in diesem Abschnitt ferner Erlöstypen und Erlösmodelle im Mediensektor vorgestellt, Wertschöpfungsketten besprochen und die Nutzung von Erlöspotentialen durch Profit-Windows dargestellt, darunter werden einzelne Schritte in Verwertungskaskaden verstanden, wenn Inhalte etwa ins Pay-per-View gebracht oder als Home-Video vermarktet werden.

In den weiteren Abschnitten dieses Kapitels werden entsprechende Analysen des Telekommunikations- und des Informationstechnologiesektors durchgeführt. Zudem geht es um die zunehmende Konvergenz der Märkte.

Kapitel 4 befaßt sich dann mit der Entstehung der Internet-Ökonomie. Zunächst geht es um Einflußfaktoren, warum und wie sich dieser Markt entwickelt hat, um die Folgen, um die im Internet möglichen neuen Formen des Wirtschaftens, aber auch um veränderte Marktbedingungen, auf die sich die Akteure an den Märkten einstellen müssen. Dies wird dann in Kapitel 5 fortgeführt. Dort werden vor allem strategische Konsequenzen für Medien- und Kommunikations-Unternehmen vorgestellt und diskutiert, das (auf wirtschaftliches Handeln beschränkte) Nutzerverhalten beschrieben bzw. prognostiziert, schließlich geht es um Ordnungspolitik im Bezug auf das Internet.

Das sechste Kapitel ist dann ein umfangreicher Anhang aus kommentierten Tabellen und Graphiken, die, ausgehend von ökonomischen und demographischen Rahmendaten, die Entwicklung auf verschiedenen Feldern des Medien- und Kommunikationssektors beschreiben.

Zur Zukunft der Ordnungspolitik auf dem Sektor der Medien und der Telekommunikation

Abschließend wird knapp auf die Zukunft der (Medien-)Regulierung eingegangen, wie sie aus dieser Perspektive gesehen wird. Im Bericht wird beklagt, daß die überkommenen Regulierungsmodelle insbe-

sondere in Deutschland den Konvergenz- und Vernetzungsprozessen immer weniger gerecht werden, und daß sie bestenfalls wirkungslos, schlimmstenfalls kontraproduktiv sind. Daraus wird aber nicht abgeleitet, daß Regulierung eingestellt werden sollte. Stattdessen werden die Regulierungsfelder der Zukunft genauer diskutiert. Sie ergeben sich aus ökonomischen und sozialen Zielsetzungen wie der Frage nach den Zugangsbarrieren zu kommunikativen Angeboten, den Problemen eines preiswerten und flächendeckenden Zugangs für alle, der Sicherung von Wahlmöglichkeiten Konsumenten, der Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter. Auch Investitionsförderung und Förderung des Wettbewerbs müssen im Blick behalten werden. Regulierungsfelder ergeben sich in dieser Perspektive aber auch aus gesellschaftlich definierten Zielsetzungen für die Angebote selbst, also zur Sicherung von Meinungsvielfalt, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, inhaltlicher Vielfalt sowie Qualität, Geschmack und Anstand, wie es die Autoren nennen.

Insgesamt meinen die Autoren, daß die Anforderungen an eine adäquate Regulierung künftig eher zu- als abnehmen, was unter anderem bedeutet, daß sie „zugleich abstrakter, konkreter und experimenteller“ (18) werden muß, „um eine permanente Überforderung zu vermeiden“ (260). Abstrakter, weil es nicht mehr um Einzelaspekte, sondern um Regulierung des Wesentlichen gehen muß, konkreter, insofern Regulierung sich nicht an „allgemeinen Wunschformulierungen“ (260) orientieren kann, sondern an „klaren und harten Vorgaben“ (260); und experimenteller, weil sich angesichts der Flexibilisierung allen Geschehens durch die neuen Medien „weder die Entwicklung neuer Märkte noch die Wirksamkeit neuer Regulierungsansätze ausreichend sicher vorhersagen lassen“ (260).

[Zerdick, Axel / Picot, Arnold / Schrape, Klaus / Artopé, Alexander/Goldhammer, Klaus/Lange, Ulrich T. / Vierkant, Eckart/López-Escobar, Esteban/Silverstone, Roger (1999): Die Internet-Ökonomie. Strategien für die digitale Wirtschaft. Berlin u.a.:Springer.]

4 National Television Conversion Scheme der Australian Broadcasting Authority (ABA)

Der im Juli 1998 in Kraft getretene Digital Conversion Act 1998 soll die gesetzgeberische Regulierung der bis zum Jahre 2004 (2001 in den Großstädten) zu erfolgenden Umstellung der Fernsehtechnik von analogem auf einen digitalen Standard gewährleisten. Durch den Digital Conversion Act wird zu diesem Zweck die ABA verpflichtet, einen Regulierungsentwurf für den Wandel der öffentlichen und privaten Sender vom analogen zum digitalen Standard zu entwerfen. Mit dem Papier der ABA wird der Öffentlichkeit ein erster Entwurf zur Ausführung dieser Aufgabe zu Diskussionszwecken vorgelegt. Einbeziehen muß die ABA bei der Ausarbeitung der Vorschläge mit der Öffentlichkeit, Inhabern von privaten Sendelizenzen (privaten

Rundfunkveranstaltern), nationalen Rundfunkanstalten, der ACA (Australian Communications Authority), sowie mit Eigentümern und Betreibern von Sendeanlagen.

Das in zwei Abschnitte gefaßte Papier beschäftigt sich zum einen mit der digitalen Umwandlung in den städtischen und ländlichen Regionen (Teil A), zum anderen mit der internationalen digitalen Umstellung (Teil B, dessen Entwurf Mitte 1999 von der ABA vorgelegt werden soll).

Vorgaben des Digital Conversion Act

Festgeschriebene Vorgaben für den Inhalt des ABA-Papieres und für nationale Rund

funkveranstalter ergeben sich zunächst aus dem Digital Conversion Act:

- Jeder nationale Rundfunkveranstalter hat bis zum 1.1.2004 (1.1.2001 in Großstädten) sein Programm in digitalem Format auszustrahlen, neben der (mindestens 8 Jahre andauernden) simultanen Ausstrahlung in analoger Form. Dafür dürfen die Sender auch neue Kanäle benutzen, die sie nach Ablauf der simultanen Verbreitung wieder zurückzugeben haben. (Zu diesem Zweck wurde eigens die DCP (Digital Television Channel Planning) Consultative Group gegründet, die die ABA in diesem Bereich berät.

- Die digitalen Kanäle dürfen nicht mehr Bandbreite benutzen als die bisherigen analogen Kanäle und sollen in Bezug auf Qualität und Empfangbarkeit gleichwertig sein. Beide Formen der Ausstrahlung sollen möglichst über die gleichen Sendestellen erfolgen.

- Eigentümer und Betreiber von Sendeanlagen haben den Sendern die Installation der digitalen Sendeanlagen zu gestatten.

Umstellung auf digitale Technik in städtischen und ländlichen Regionen

In Teil A wird die Einführung von Implementations-Plänen von Rundfunksendern vorgeschlagen. In diesem „Implementation Plan“ erklärt der Sender verbindlich und ausführlich, wann dieser in welchen Regionen seine Technik auf den digitalen Standard ausweitet. Diese Erklärungen werden

dem zuständigen Minister möglichst frühzeitig vorgelegt und werden von diesem unter Beachtung folgender Vorgaben gegengezeichnet:

- Übereinstimmung der technischen Angaben des Senders mit denen des DCP
- Verhinderung möglicher Frequenzüberlagerungen mit anderen Rundfunkdiensten
- Gleichbleibende Technische Qualität und Empfangbarkeit im Hinblick auf den analogen Standard
- Fristeinhaltung zur Einführung der digitalen Technik
- Einhaltung der Vorgabe, simultan in analoger und digitaler Technik zu senden

Mit Genehmigung eines Implementations-Planes ist dieser für den Veranstalter verbindlich festgeschrieben.

Liegen dem Minister zum festgeschriebenen Zeitpunkt der Ausstrahlung in digitaler Technik noch keine Angabe eines Senders vor, so kann dem Veranstalter die Sendelizenz entzogen werden. Dies gilt auch für Veranstalter, die ihre digitale Ausstrahlung unterbrechen oder sich nicht an digitale Standards halten.

Betroffene, Beteiligte und Interessierte werden aufgefordert, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen.

[ABA „National Television Conversion Scheme“ 1998]

5 Einzelthemen

5.1 Großbritannien: ITC

- Der Broadcasting Act von 1996 verpflichtet die ITC, ihre Regulierung ständig daraufhin zu überprüfen, ob die Situation für Hör- und Sehbehinderte verbessert werden kann. In diesem Zusammenhang hat die ITC im März 1999 den Entwurf neuer Regelungen für die Übertragung von Zeichensprache im digitalen Fernsehen veröffentlicht. Darin geht es vor allem um die Festlegung eines Standards für die Übermittlung der Zusatzinformationen.

[ITC „Consultation on Sign Language for Digital Terrestrial Television (DTT)“ vom 19. März 1999].

- Der Broadcasting Act von 1996 sieht vor, daß die Zahl der digitalen Programmangebote, die ein Anbieter veranstalten darf, durch ein Punktesystem begrenzt wird. Wirtschaftliche Beteiligungen werden mit bestimmten Punkten bewertet; eine Person darf nicht mehr als ein Viertel der vergebenen Punkte halten. Mit den Guidelines versucht die ITC diesen Regelungsansatz transparent zu machen, und verdeutlicht, welche Informationen für die Vergabe der Punkte relevant sind und dementsprechend von den Lizenznehmern an die ITC gemeldet werden müssen. Die ITC wird quartalsweise die Maximalpunktzahl bekanntgeben, damit die Veranstalter sich daran orientieren können.

[ITC „Guidelines on Provision of Digital Programme Services on Digital Terrestrial Television“ vom 4. März 1999; zum Punktesystem allgemein vgl. Holznagel/Grünwald in: Holznagel/Röper/Stock (Hg.): Medienmarkt und Meinungsmacht. Zur Neuordnung der Konzentrationskontrolle in Deutschland und Großbritannien, Springer, Berlin 1997]

5.2 USA: FCC

Die Umstellung von analoger auf digitale Verbreitung erfordert eine ständige Anpassung der Planung. Die FCC hat nach Anhörungen in einem Papier ihre derzeitige Auffassung markiert und dabei den Ergeb-

nissen der Anhörung angepaßt. Es bleibt bei der Zielsetzung, einen möglichst reibungslosen Übergang zu schaffen, indem möglichst allen Veranstaltern eine zweite Frequenz zur Verfügung gestellt wird, um einen Simulcastbetrieb zu ermöglichen, wobei auch Sonderwünsche berücksichtigt werden sollen. Das Dokument stellt dar, wo Veränderungen insbesondere bei den geplanten Zuweisungen für DTV-Frequenzen gegenüber der ursprünglichen Planung vorgesehen sind.

[FCC: „Second Memorandum Opinion and Order on Reconsideration of the Fifth and Sixth Report and Order“ vom 18. Dezember 1998].

5.3 Multimediaversuche

Die Forschungsgruppe Telekommunikation um Prof. Kubicek in Bremen hat für die Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen eine Synopse nationaler und internationaler Multimedia-Projekte erstellt. Die Studie stellt dar, daß der Typus des klassischen „Pilotprojektes“ als Feldversuch mit besonderer Lizenz und besonderen technischen Einrichtungen sowie intensiver Begleitforschung kaum mehr zu finden ist. Statt dessen dominieren überwiegend technisch orientierte Projekte, die von Unternehmen in frühen Phasen der Entwicklung eingesetzt werden, sowie Markteinführungsprojekte, die bereits kommerziell ausgerichtet sind. Die Studie beschreibt ausführlich 25 Projekte und verdichtet die gemachten Erfahrungen zu Tendenzaussagen. So waren und sind Projekte, die Video-on-Demand mit entsprechenden Video-Servern einführen wollten, wenig erfolgreich, anders dagegen solche, die mittels Kabelmodem oder ADLS-Übertragung schnelle Internetanschlüsse bieten. Eine vollständige Konvergenz der Netze und Endgeräte ist auch auf Grundlage der Pilotprojekte noch nicht absehbar.

[Kubicek, Synopse nationaler und internationaler Multimedia-Projekte, LfR-Materialien Bd. 25, Düsseldorf 1998]

5.4 Deutschland: BMWi/Prognos - Benchmarking

Im Herbst 1998 erschien der Endbericht „Benchmarking – zum Entwicklungsstand der Informationsgesellschaft und zur Wettbewerbsfähigkeit der informations- und kommunikationstechnischen Industrie in Deutschland“ der Prognos AG, Basel. Die Untersuchung soll Anhaltspunkte dafür liefern, wo Deutschland im internationalen Vergleich bei der Entwicklung der Informationsgesellschaft steht, und zwar gegenüber den USA, Großbritannien, Japan, Italien und Frankreich (z.T. auch der Schweiz). Durch den Vergleich ergibt sich nicht nur ein Eindruck des derzeitigen Entwicklungsstandes, es werden auch konkrete Handlungsfelder benannt, auf denen die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen sollte:

- Analyse der Internet-Host Infrastruktur
- Analyse der Wettbewerbsbedingungen im Ortsnetz (ggf. via Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post)
- Untersuchung der Markt- und Wettbewerbsstrukturen bei IT-Dienstleistungen
- Verbesserung der statistischen Informationen zu IT-Software
- Analyse zur Verbesserung der Exportchancen deutscher TV-Programme
- sowie aus den Erfahrungen des Gesamtprojekts heraus Verbesserung der statistischen Datenlage insgesamt bezüglich Detaillierung, Vollständigkeit und Aktualität (als Initiative im europäischen und weltweiten Rahmen, insbesondere der OECD-Länder)

[Projekt der Prognos AG, Basel, für das Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn „BENCHMARKING - zum Entwicklungsstand der Informationsgesellschaft und zur Wettbewerbsfähigkeit der informations- und kommunikationstechnischen Industrie am Standort Deutschland, 1998]

5.5 EBU/Arthur Andersen: Digitalfernsehen und Entwicklung des Programmmarktes

In einer Untersuchung für die EBU kommt Arthur Andersen zu Einschätzungen über die Bedeutung der Digitalisierung für die Programmärkte. Einige Befunde:

- Digitale Dienste werden sich nur in größeren nationalen Märkten schneller etablieren können, da in kleineren nicht genug heimische Programmware zur Verfügung steht.
- Regulierung wird wirtschaftlich an Bedeutung gewinnen, nicht zuletzt weil die Kontrolle neuer „Flaschenhälse“ bei der Distribution des Programms auf die Kosten Einfluß hat. Sie sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Förderung der heimischen Produktionswirtschaft und Öffnung des Marktes für neue Anbieter anstreben.
- Die Entwicklung macht es für die etablierten Rundfunkveranstalter – privat und öffentlich-rechtlich – erforderlich, die Inhalte möglichst in der ganzen Verwertungskette auszuwerten.
- Digitalisierung ermöglicht Dienste, die analog nicht rentabel wären, wie Multiplexing, Side-Channels, Interaktive Angebote.
- Viele dieser Angebote werden kaum oder keinen Einfluß auf die Programmproduktion haben, sondern lediglich die optimale Ausschöpfung der bestehenden Inhalte bewirken.
- Überhaupt erwartet Arthur Andersen in naher Zukunft keine weitreichenden Veränderungen der Angebotsstruktur durch Digitalisierung. Lediglich in den Staaten, die bislang überwiegend terrestrisch versorgt wurden, kann digitale Satellitenverbreitung die Vielkanalbedingen herstellen, die anderswo schon lange bestehen.

- Abgesehen von Großbritannien kommt den öffentlich-rechtlichen Programmen bei der Einführung eine zentrale Rolle zu.
- Ein echter Wettbewerb unterschiedlicher technischer Plattformen erscheint wegen der hohen Fixkosten auch in großen Märkten unwahrscheinlich.
- Arthur Andersen differenziert die Veranstalter in solche erster und folgender Generationen, wobei die folgenden sich durch eine Spezialisierung beim Programmprofil und zunehmende Anteile von direkter Entgeltfinanzierung auszeichnen. Gerade die Veranstalter folgender Generationen verstärken den Wettbewerb auf dem Markt der Kaufprogramme, so daß die Preise weiter steigen werden.
- Die steigende Bedeutung des Programmeinkaufs wird dazu führen, daß sich der Trend weiter verstärkt, daß Programmaterial nicht allein durch die Fernsehauswertung zu finanzieren sind, sondern alle Verwertungsfenster optimal genutzt werden müssen, um eine Refinanzierung zu erreichen.

[Arthur Andersen: The impact of digital television on the supply of programmes, Dezember 1998]

6 Literaturhinweise

Im folgenden wird die Literatur ausgewertet, die für die Literaturlisten der Zeitschrift „Rundfunk und Fernsehen“ bis zum Redaktionsschluß dieses Newsletters erfaßt wurden. Um die Hinweise überschaubar zu halten, wurden die zahlreichen Zeitschriften zu Online-Fragen nur insoweit erfaßt, als ein expliziter Bezug zu digitalem Fernsehen besteht oder aber der Beitrag grundlegende Bedeutung besitzt. Die Buchliteratur wurde dagegen umfassender berücksichtigt.

6.1 Zeitschriften

AfP - Jg 29 (1998) Nr 5

Schulze-Flielitz, Helmuth: Betätigung öffentlich-rechtlicher Institutionen im Onlinebereich. - S. 447-457

Balkan Media - Jg 7 (1998) Nr 2

Stolte, Dieter: The future of television and the television of future : how television will be affected by multimedia competition. - S. 24-29

Heretakis, Emmanuel: Regulation in the electronic media scene. - S. 34

Communicatio Socialis - Jg 31 (1998) Nr 3

Lahrmann, Markus: Virtuelle Wächter : Jugendschutz im Internet funktioniert nicht mit den herkömmlichen Mitteln : Eine gesellschaftliche Debatte ist an der Zeit. - S. 283-295

Communication Research - Jg 25 (1998) Nr 4

Waisbord, Silvio: When the cart of media is before the horse of identity : a critique of technology-centered views on globalization. - S. 377-398

Computer und Recht - Jg 14 (1998) Nr 8

Gramlich, Ludwig: Ohne Regulierung kein Wettbewerb : zum Start der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post. - S. 463-472

Gounalakis, Georgios; Rhode, Lars: Elektronische Kommunikationsangebote zwischen Telediensten, Mediendiensten und Rundfunk. - S. 487-492

Computer und Recht - Jg 14 (1998) Nr 9

Dietz, Ingo Marco; Richter, Michael: Netzzugänge unter Internet Service Providern. - S. 528-535

Computer und Recht - Jg 14 (1998) Nr 12

Stögmüller, Thomas: Konvergenz in der Telekommunikation. - S. 733-738

Federal Communications Law Journal - Jg 50 (1998) Nr 3

Reynolds, Nancy L.: Moving toward neutrality : the national telecommunications and information administration's new stance on sectarian programming. - S. 711-730

Journal of Broadcasting & Electronic Media - Jg 42 (1998) Nr 4

McDowell, Stephen D.; Maitland, Carleen: The V-Chip in Canada and the United States: Themes and Variations in Design and Deployment. - S. 401-422

Journal of Broadcasting & Electronic Media - Jg 42 (1998) Nr 4

Sneegas, James,E.; Plank, Tamyra A.: Gender Differences in Pre-Adolescent Reactance to Age-Categorized Television Advisory Labels. - S. 423-434

Journal of communication inquiry - Jg 22 (1998) Nr 2

Grosswiler, Paul: Historical hopes, media fears, and the electronic town meeting concept : where technology meets democracy or demagogy?. - S. 133-151

Giese, Mark: Constructing a virtual geography : narratives of space in a text-based environment. - S. 152-176

Hamilton, Sheryl N.: Incomplete determinism : a discourse analysis of cybernetic futurology in early cyberculture. - S. 177-204

Journalism & Mass Communication Quarterly - Jg 75 (1998) Nr 2

Johnson, Thomas J.; Kaye, Barbara K.: Cruising ist Believing? : Comparing Internet and Traditional Sources on Media Credibility Measures. - S. 325-340

Kommunikation und Recht - Jg 1 (1998) Nr 8

Gounalakis, Georgios; Rhode, Lars: Das Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz : ein Jahr im Rückblick ; Rechtsrahmen des Bundes für die Informationsgesellschaft. - S. 321-331

Bartosch, Andreas: Das neue EG-Telekommunikationsrecht : der Richtlinienentwurf zur rechtlichen Trennung der beiden großen Netzwerke. - S. 339-345

Kommunikation und Recht - Jg 1 (1998) Nr 10

Koenig, Christian; Röder, Ernst: Plädoyer zur Überwindung der zersplitterten Aufsicht über neue Informations- und Kommunikationsmedien. - S. 417-421

Bender, Gunnar: Fahrgemeinschaften auf der Datenauto- bahn : Rechtskontrolle multimedialer Unternehmens- verflechtungen in Deutschland und den USA. - S. 428- 432

Media Lex - (1998) Nr 3

Wagner, Michael A.: Technische Konvergenz - rechtliche Ausdifferenzierung. - S. 135-137

Media Perspektiven - (1998) Nr 8

van Eimeren, Birgit; Gerhard, Heinz: ARD/ZDF-Online- Studie 1998: Onlinemedien gewinnen an Bedeutung : Nutzung von Internet und Onlineangeboten elektroni- scher Medien in Deutschland. - S. 423-435

Media Perspektiven - (1998) Nr 9

Theunert, Helga; Schorb, Bernd: Jugendmedienschutz im digitalen Fernsehen : Genügen technische Angebote?. - S. 446-453

Hasebrink, Uwe: Jugendmedienschutz im internationalen Vergleich. - S. 454-462

Media Perspektiven - (1998) Nr 10

Klingler, Walter; Zoche, Peter: Mediennutzung der Zu- kunft im privaten Sektor. - S. 490-497

Ewald, Karl; Gscheidle, Christoph: Professionalisierung und Spezialisierung im Onlinemedium: Internetangebote öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter in Deutsch- land 1998. - S. 508-516

Media Perspektiven - (1998) Nr 11

Kliment, Tibor: Digital Radio im Urteil der Hörer: Ergeb- nisse einer Akzeptanzuntersuchung von DAB in Nord- rhein-Westfalen. - S. 545-558

Medien Journal - Jg 22 (1998) Nr 2

Murschetz, Paul: Rundfunk-Liberalisierung und digitales Fernsehen in Österreich. - S. 26-40

Multimedia und Recht - Jg 1 (1998) Nr 9

Holznapel, Bernd: Rechtsprobleme der Konvergenz von Rundfunk und Telekommunikation. - S. 12-17

Köster, Oliver; Nitschke, Hartmut: EU-Grünbuch zur Konvergenz : OFTEL-Stellungnahme. - S. 400-403

Müller-Terpitz, Ralf: Regelungsreichweite des §5 MDSiV. - S. 478-480

Multimedia und Recht Jg 1 (1998) Nr 12, Beilage

König, Christian: Regulierungsoptionen für die Neuen Medien in Deutschland. - S. 1-16

Nordicom Review - Jg 19 (1998) Nr 1

Fornäs, Johan: Digital borderlands : identity and interac- tivity in culture, media and communications. - S. 27-38

Nordicom Review - Jg 19 (1998) Nr 2

Kytömäki, Juha: Parental Control and Regulation of Schoolchildren's Television Viewing. - S. 49-62

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Jg 42 (1998) Nr 10

Steinmetz, Helmut: Private Vervielfältigung in der digita- len Welt. - S. 780-781

Hartwig, Henning: Gesellschaftskritische Unternehmens- werbung - Kommerzielle Kommunikation zwischen Spon- soring und Public Relations. - S. 782-794

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Jg 42 (1998) Nr 11

Schumann, Heribert: Jugendschutz auf Kosten des Rechtsstaats?. - S. 909-914

6.2 Buchveröffentlichungen

Backhaus, Klaus: Was bringt der Wettbewerb im Tele- kommunikationsmarkt : erste Erfahrungen aus dem liberalisierten Markt. - Münster: Lit, 1998. - 147 S. (Telekommunikation und Multimedia ; 4)

Cubitt, Sean: Digital aesthetics. - London: Sage, 1998. - 172 S.

Demokratie und Internet / Gellner, Winand (Hrsg.) . - Baden-Baden: Nomos, 1998. - 242 S.

Fries, Cornelia: Offener Zugang privater Nutzer zum Internet : Konzepte und regulatorische Implikationen unter Berücksichtigung ausländischer Erfahrungen. - Bad Honnef: WIK, 1998. - 108 S. (Diskussionsbeitrag ; 189)

Grob, Heinz Lothar: Aufbruch in die Informationsgesell- schaft. - Münster: Lit, 1998. - 141 S.

Hillebrand, Annette: Durch Sicherungsinfrastruktur zur Vertrauenskultur : kritische Erfolgsfaktoren und regu- latorische Aspekte der digitalen Signatur. - Bad Hon- nef: WIK, 1998. - 70 S. (Diskussionsbeitrag ; 188)

Interaktive Medien und ihre Nutzer Bd 1 : Voraussetzun- gen, Anwendungen, Perspektiven / Schanze, Helmut (Hrsg.) . - Baden-Baden: Nomos, 1998. - 200 S.

Interaktive Medien und ihre Nutzer Bd 2 : ZugangsOber- flächen : Türen zum Netz / Schanze, Helmut (Hrsg.) . - Baden-Baden: Nomos, 1998. - 171 S.

- Jungbeck, Karlheinz: Digitales Fernsehen : der Motor der neuen Wirtschaft. - Starnberg: Schulz, 1998. - 178 S. (Münchener Reihe Medienentwicklung ; 1)
- Keuter, Alfons: Beschäftigungseffekte neuer TK-Infrastrukturen und -Dienste. - Bad Honnef: WIK, 1998. - 102 S. (Diskussionsbeitrag ; 191)
- Konert, Bertram: Konvergenz und Marktzugang im Bereich des digitalen Fernsehens und des World Wide Web. - Düsseldorf: Europäisches Medieninstitut, 1998. - 52 S.
- Lesen im Umbruch : Forschungsperspektiven im Zeitalter von Multimedia : Dokumentation des Symposiums der Stiftung Lesen in Zusammenarbeit mit - Baden-Baden: Nomos, 1998. - 234 S.
- Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft : Beiträge zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht / Schatz, Heribert (Hrsg.) . - Wiesbaden: Westdeutscher, 1997. - 300 S.
- Media policy : convergence, concentration and commerce / McQuail, Denis (Hrsg.) . - London: Sage, 1998. - 231 S.
- Online, die Zukunft der Zeitung? : das Engagement deutscher Tageszeitungen im Internet / Neuberger, Christoph (Hrsg.) . - Opladen: Westdeutscher, 1999. - 281 S.
- Online-Kommunikation : Beiträge zu Nutzung und Wirkung / Roessler, Patrick (Hrsg.) . - Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998. - 251 S.
- Opaschowski, Horst W.: Die multimediale Zukunft : Analysen und Prognosen. - Hamburg: BAT Freizeit Forschungsinstitut, 1998. - 86 S.
- Politik im audiovisuellen Bereich der Europäischen Union : die neue Zeit der Bildindustrie : Fernsehen ohne Grenzen : die Erweiterung Europas im Jahre 2000 / Baer, Jean-Michel (Hrsg.) . - Brüssel: Europäische Union, 1998. - 39 S.
- Quo vadis, Mediennutzung? : Media, Mensch, Werbung. - Hamburg: Bild Anzeigen, 1998. - 46 S.
- Rechtsfragen der Informationsgesellschaft / Hoeren, Thomas (Hrsg.) . - Berlin: E. Schmidt, 1999. - 305 S. (Grundlagen und Praxis des Wirtschaftsrechts ; 17)
- Schmidt, Susanne K.: Coordinating Technology : studies in the International Standardization of Telecommunications. - Cambridge: MIT Press, 1998. - 365 S.
- Schulz, Wolfgang / Seufert, Wolfgang / Holznagel, Bernd: Digitales Fernsehen - Regulierungskonzepte und -perspektiven (Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Rundfunk NRW 31) Leske + Budrich, 1999. 160 S.
- Schulz, Wolfgang: Rechtsfragen des Datenschutzes bei Online-Kommunikation : Expertise zum datenschutz im Rahmen des Projektes InfoCity NRW. - Düsseldorf: Landesanstalt für Rundfunk NRW, 1998. - 94 S. (Lfr-Materialien 23)
- Sennewald, Nicola: Massenmedien und Internet : zur Marktentwicklung in der Pressebranche. - Wiesbaden: DUV, 1998. - 195 S.
- Stumpf, Ulrich: Digitaler Rundfunk : vergleichende Betrachtung der Situation und Strategie in verschiedenen Ländern. - Bad Honnef: WIK, 1998. - 41 S. (Diskussionsbeiträge ; 186)
- Television in the emerging digital era : the great multiplication. - Montpellier: IDATE, 1997. - 149 S.
- Vom Druckunternehmen zum Mediendienstleister: Unternehmensstrategien beim Übergang in die Informationsgesellschaft / Ciesinger, Kurt-Georg (Hrsg.) . - Münster: Lit, 1998. - 241 S. (Medienzukunft heute ; 1)
- Welsch, Johann: Multimedia : Studie zur Beschäftigungswirkung in der Telekommunikationsbranche. - Frankfurt: Deutsche Postgewerkschaft, 1997. - 126 S.
- Zeitenwende? : Zukunftsperspektiven der Informationsgesellschaft : Dokumentation einer Fachtagung am 29.4.1998 in Suttgart. - Baden-Baden: Nomos, 1998. - 63 S.
- Zerdick, Axel u.a.: Die Internet-Ökonomie : Strategien für die digitale Wirtschaft. - Berlin: Springer, 1999. - 335 S. (European Communication Council Report ; 1999)
- Zur Ohnmacht verdammt ? : der Staat in der Informationsgesellschaft. - Weimar: Thüringer Ministerin für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei, 1998. - 80 S. (Ettersburger Gespräche ; 1997)